

Schlagabtausch um Schule am Meer

Opposition sieht Oberbürgermeister vorgeführt / Santjer spricht von demokratischem Prozess / Wohin geht Döse?

VON MAREN REESE-WINNE

Cuxhaven. Die Wogen waren bereits hochgeschlagen, als Michael Stobbe (SPD) in der Sitzung von „einer der schwärzesten Stunden seiner politischen Laufbahn“ sprach. Als Döser sah er sich nicht in der Lage, mit der Mehrheitsgruppe aus SPD, Grünen und den „Cuxhavenern“ zu stimmen, nachdem er jahrelang um den Rahmenplan Döse gekämpft hatte.

„Hauptsache, die Straße kommt“, hatte er 2019 in einer Ratssitzung gesagt; „niemand wird die Querspange gegen die Schule ausspielen“, bekundete SPD-Fraktionskollegin Ulla Bergen in derselben Sitzung. Letztendlich ging es in der gemeinsamen Sitzung des Schul-, Finanz- und Bauausschusses am Dienstag ziemlich genau hierum.

Die Stadtverwaltung hatte sich klar zur Grundstücksfrage positioniert. „Ich stehe dazu“, unterstrich Oberbürgermeister Uwe Santjer. Stadt- und Kreisspitze hatten - wie von der Politik gefordert - einen möglichen Standort für die Förderschule GE (Geistige Entwicklung) für das 40-Millionen-Bauprojekt ausgemacht: südlich des Westerwischstroms (direkt am Fernmeldeturm) neben der irgendwann dort stehenden Hauptfeuerwache (wir berichteten).

Das Grundstück sei überhaupt nur gesucht worden, weil der Kreis plötzlich einen Flächenbedarf von 29.500 Quadratmetern angemeldet habe, so Santjer. Das gehe in Döse - aber nicht zusammen mit den im Rahmenplan Döse festgehaltenen Bestandteilen, wie der seit Jahrzehnten geforderten Querspange zwischen Bäderring und Strichweg, die den Strichweg vom Verkehr zur Kugelbake-Halle oder zum auf dem Messeplatz geplanten Tagungshotel entlasten sollte, erinnerte Santjer.

Alles auf einmal passt nicht

Auf die Vorlage hatte die Mehrheit aus SPD, Grünen und „Cuxhavenern“ direkt mit einem Änderungsantrag reagiert. SPD-Fraktionsvorsitzender Gunnar



Stimmabgabe nach zum Teil hitziger Diskussion bei der gemeinsamen Sitzung dreier Ausschüsse. Foto: Reese-Winne

Wegener erläuterte deren Position, die darin mündete, dass die Stadt dem Kreis das Grundstück neben der heutigen Schule zu einem fairen Preis für den Schulbau anbieten möge - um den Preis, die anderen Planungen für Wohnbebauung und Nahversorger aufzugeben. Weil es für die Kinder, Eltern und Lehrkräfte der bessere Ort, viel integrativer und zudem schneller umsetzbar sei, so Wegener und weitere Mitglieder der Kooperation.

„Wer bestimmt eigentlich noch?“

Die Opposition empfand dies als Abkoppelung eines ganzen Stadtteils von seiner weiteren Entwicklung. Günter Wichert (FDP) und Enak Ferlemann (CDU) brachten eine weitere Ebene ins Gespräch: Sie sahen in der offenen Opposition der Mehrheitsgruppe gegen ihren eigenen Oberbürgermeister ein Risiko: „Bestimmen eigentlich Wegener und Ebken oder bestimmen noch der Oberbürgermeister und der Landrat?“, fragte Enak Ferlemann. Die Kooperation lasse ihren OB im Regen stehen, sodass sich andere Gemeinden fragen könnten, welches Verhandlungsmandat dieser noch habe.

Günter Wichert fühlte einen Demontage-Versuch gegen einen Oberbürgermeister, der weit in den Kreis hineinstrahle. Die Kraft, die beide Verwaltungsspitzen in den Kompromiss gesteckt hätten, werde ignoriert, stattdessen werde die Mehrheitsgruppe durch Rüdiger Kurmann („Die Cuxhavener“), der den Verwaltungsvorschlag sofort abgelehnt habe, „am Nasenring durch die Manege geführt“. Wichert fürchtete, dass der Landrat sich nun von der Stadt abwendet: „In Otterndorf und der Wurster Nordseeküste wird schon der Champagner kaltgestellt.“

Von einer „Gefangenschaft der SPD“ im Zuge des Kooperationsfriedens sprach Thimo Röhler. Uwe Santjer verwies darauf, dass Debatten zu einer guten Demokratie gehörten. Nur sollten die Interessen nicht gegeneinander aufgebracht werden. „Wichtig ist, dass wir den Knoten durchschlagen. Der Kreis ist bereit, 40 Millionen Euro zu investieren, das ist die beste Botschaft.“

Letzte Hoffnung liegt auf der Bauplanung

Michael Stobbe ist noch nicht bereit, die Hoffnung auf eine Lö-

sung, die der Situation schlagartig alle Schärfe nehmen würde, aufzugeben. Er ist überzeugt: Das wäre mit einer klugen architektonischen Fachplanung ohne jeden Verlust für die Schule am Meer zu erreichen. So wie bei der Johannesschule im nordrhein-westfälischen Gronau (ebenfalls Förderschule GE und fast genauso groß wie die in Cuxhaven).

Diese habe gerade einen hochgelobten Neubau mit Platz für 150 Schülerinnen und Schüler plus Ausbaureserve bezogen, und das bei einem Flächenbedarf von knapp 16.000 Quadratmetern inklusive Schulhof.

„Mit allem Drum und Dran, da ist sogar noch ein Therapiebecken dabei“, so Stobbe, der das so genau weiß, weil es der Arbeitsplatz seines eigenen Sohnes ist. Ja, es gebe eine erste Etage - aber dort befänden sich lediglich Lehrerzimmer und Verwaltung; keine Fach- oder Klassenräume.

„Wenn einer heute Strahlkraft bewiesen hat, dann Michael Stobbe“, reagierte Günter Wichert, gab aber zu bedenken, dass selbst jeder Discounter und Drogeriemarkt nur noch ebenerdig baue. Robert Babacé (Die Grünen) hingegen forderte

schon aus Gründen der übermäßigen Flächenversiegelung den Landkreis auf, über Alternativen nachzudenken. Thomas Brunken (CDU), Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses und Sitzungsleiter, rief die einzelnen Ausschüsse nacheinander zur Abstimmung auf. Alle drei votierten dem Abänderungsvorschlag der Mehrheitsgruppe zu. Da die Ausschüsse grundsätzlich nur Empfehlungen aussprechen, tagte am Mittwoch noch der Verwaltungsausschuss.

Der Kreistag hat seinen Beschluss am Mittwoch noch einmal bekräftigt (siehe Meldung unten links auf dieser Seite).

Rahmenplan

Im Juni 2021 wurde der Rahmenplan Döse beschlossen. Er wurde als Ergebnis einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen externen Planern, Stadtverwaltung und Politik, aber vor allem vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern dargestellt. Drei der Kernpunkte waren Verkehr, lokaler Einzelhandel und Dauerwohnen.